

**Rede von  
Josef Hülsdünker,  
Vorsitzender DGB-Region Emscher-Lippe**

**in Gelsenkirchen**

**am 07. Januar 2008**

**anlässlich der Ausstellungseröffnung des  
Bildungszentrums der Stadt Gelsenkirchen**

**„Uneins – aber einig?“**

**Hundert Jahre Mannheimer Abkommen**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**



**Lieber Dietmar Diekmann, liebe Petra Wilke,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich sehr, dass diese Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung heute hier eröffnet wird.

Im Herbst des letzten Jahres habe ich dem SPD-Unterbezirksvorsitzenden Dietmar Dieckmann den Vorschlag unterbreitet, diese Ausstellung in die Emscher-Lippe Region bzw. nach Gelsenkirchen zu holen. Angesichts des derzeitigen Ringens um die zukünftige Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik in Deutschland und Europa, sehe ich in dieser Ausstellung einen wichtigen Baustein, um das Verhältnis von Gewerkschaften und SPD auf dem Weg in eine bessere Zukunft zu thematisieren.

Das ist uns gelungen und ein schönes Geschenk der Stiftung für uns zum neuen Jahr – wie ich finde - dass auch die politische Arbeit im Gelsenkirchener Gewerkschaftsrat beleben wird.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Genossinnen und Genossen,**

heute, mehr als hundert Jahre nach dem Mannheimer Abkommen, bin ich zutiefst davon überzeugt, dass die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht zu Ende gekommen ist, sondern die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung nach wie vor ihr Zentrum sind.

Natürlich ist der Begriff „Arbeiterbewegung“ heute nicht im strengen klassen- oder auch schichtspezifischen Sinne gemeint. Gemeint ist vielmehr ein gesellschaftlicher und politischer Solidarzusammenhang, indem sich Solidarität und genossenschaftliche Hilfe gegen jede Form von Repression und überflüssiger Herrschaft immer wieder neu erfindet – allerdings auf den Grundlagen ihrer historischen Erfahrungen und den Erfolgen ihrer Kämpfe.

Seit ihrem Entstehen vor mehr als 150 Jahren, kämpft die deutsche Arbeiterbewegung gegen klassengesellschaftliche Strukturen und ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, dem gesellschaftliche Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit wenig bis gar nichts bedeuten. Bei aller gemeinsamen Gegnerschaft zum „ungezähmten“ Kapitalismus und zu autoritären politischen Herrschaftsformen gab es aber in der Arbeiterbewegung selten Einmütigkeit. Debatten, Streitigkeiten und Kämpfe untereinander bewegten sich fast immer zwischen



drei Polen: „richtige sozialistische Theorie“; „bürokratischer Pragmatismus“ und „reale Utopie“.

Die SPD und mit ihr die freien Gewerkschaften wirkten oftmals pragmatisch und legalistisch, wurden von historischen Ereignissen überrollt, ergriffen mögliche Chancen nicht - **und haben dennoch, gemessen an den Ausgangsbedingungen vor 150 Jahren, unglaubliche soziale und politische Erfolge errungen.** Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes, die Errichtung der parlamentarischen Demokratie, Betriebsverfassung und Mitbestimmung in Unternehmen und Wirtschaft, die Tarifautonomie und der Sozialstaat sind nur einige der **fundamentalen Errungenschaften**, die ohne SPD und Gewerkschaften nicht reale Lebenswirklichkeit geworden wären. Hieran zu erinnern, ist wichtig, um die gemeinsame Stärke der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Kampf für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und faire Teilhabe aller an den Ergebnissen von Arbeit- und Unternehmertum zu betonen.

**Liebe Genossinnen und Genossen.**

**Liebe Kolleginnen und Kollegen.**

So, wie im Laufe der Geschichte der Arbeiterbewegung die Sozialdemokratie nicht immer nur SPD und Gewerkschaft nicht immer nur DGB bzw. ADGB war, so gibt es aber keinen Zweifel daran, dass beide, - Gewerkschaften und Sozialdemokratie - ihr Kraftzentrum waren. Zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gab es in Vergangenheit und Gegenwart und hoffentlich auch in der Zukunft ein gemeinsames Arbeiten an einem „demokratischen Sozialismus“. Was gemeint ist, kommt im Godesberger Programm von 1959 und später im Düsseldorfer Programm des DGB von 1963 zum Ausdruck: Nach „Godesberg“ ist der demokratische Sozialismus eine dauernde, immer wieder neu zu formulierende Aufgabe, deren unabänderlicher Antrieb Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind.

Der DGB erkennt mit dem „Düsseldorfer Programm“ von 1963 das kapitalistische Wirtschaftssystem und die parlamentarische Demokratie an und verzichtet ganz bewusst auf die Instrumente eines gewerkschaftspolitischen Radikalismus. Er tritt ein für soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft und ist Verteidiger von parlamentarischer Demokratie und den im Grundgesetz verankerten Grundrechten.



Nie waren –

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Genossinnen und Genossen,

nie waren SPD und Gewerkschaften eins. Schon die aus den Erfahrungen der Naziherrschaft resultierende Idee von der "Einheitsgewerkschaft" würde einem solchen „In - eins - setzen“ entgegen stehen.

Uneins waren wir häufig auch dann, wenn die Partei und ihre Führung im Pragmatismus ihres Politikbetriebes erstarrten. Aber einig sind und waren immer dann, wenn es um die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der Mitbestimmung ging. Einig sind wir auch in der Abwehr aller demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Entwicklungen in unserer Gesellschaft. Für den DGB ist es deshalb eine Ehre und Ausdruck unseres politischen Selbstverständnisses, dass ein sozialdemokratischer Innenminister auf dem DGB-Neujahrsempfang 2008 zum Thema „Rechtsradikalismus“ spricht – eine ernste Herausforderung für den demokratischen und sozialen Staat.

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die Familiengeschichte von SPD und DGB. Beide sind geschwisterlich miteinander verbunden, aber jeder ist für sich ein eigenständiges Individuum. Wir sind noch Heranwachsende, die bittere historische Umbrüche und Katastrophen wie die Nazizeit erduldet haben, die aber auch Demokratie und Wohlstand für die Menschen errungen haben.

**Die Menschen brauchen uns auch in der Zukunft – uns beide.**

Möge die Ausstellung dazu beitragen, dass wir weiterwachsen und die alte Verbundenheit zwischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie gefestigt wird.

Herzlichen Dank!

